



von Michael Winkler

selbst betreuen, müssten diesen Elternbeitrag dagegen nicht entrichten.» Logisch, denn die «Selbstbetreuer» tragen ja auch ihre Kosten selbst.

Ein Leserbriefschreiber fordert nun, dass bei diesen Überlegungen all jene zu wenig berücksichtigt werden, welche sich dafür entscheiden, ihre Kinder zu Hause zu betreuen und zu erziehen. Diese erhalten keine speziellen Förderungen – ausser dem Kindergeld, das ohnehin alle bekommen. Dabei ist das Hausfrauen- und Mutterdasein um einiges riskanter als die

externe Betreuung. Sie haben kein Einkommen, zahlen damit auch nicht in die sozialen Einrichtungen ein. In Zukunft werden die Renten immer geringer werden. Die Altersabsicherung derer, die sich für dieses Modell entschei-

den, steht auf immer wackligeren Beinen. Dennoch leisten Hausfrauen und Mütter, die statt einer Karriere das Familiendasein bevorzugen, einen unschätzbaren Wert für die Gesellschaft, was in der veröffentlichten Diskussion zu oft vergessen geht.

Darum sollte man sich auch auf politischer Ebene um die Absicherung der Vertreter dieses Modells kümmern, selbst wenn es sich dabei in den letzten Jahrzehnten um ein «Auslaufmodell» handelt und der Wirtschaft damit nur indirekt gedient ist. Andere Modelle sind derzeit eher im Trend, was auch von verschiedenen Kräften forciert wurde. Unzähligen Generationen davor hat das sogenannte «Ernährermodell» gute Dienste geleistet. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass die Familie mit Alleinverdienern – ob Mann oder Frau – eine Renaissance feiert. Wenn es von den Entscheidungsträgern wirklich gleichberechtigt und von der Gesellschaft endlich in angemessenem Mass honoriert wird.

Wie finanziert man die Kinderbetreuung?

→ Jeder soll sein Familienmodell so wählen, wie er es für richtig hält. Das ist der Anspruch und dafür wird seit Jahrzehnten an den verschiedensten Fronten gekämpft. Das traditionelle Familienmodell, wonach der Vater als Ernährer der Familie gilt, scheint langsam aber sicher auszusterben. Wenn es aber um die Finanzierung geht, scheiden sich die Geister. Denn möglichst jeder möchte ein individuell zugeschnittenes Modell, aus der eigenen Tasche bezahlen kann es offenbar niemand – ansonsten würde dieses Thema nicht zu einem Politikum werden.

Wirtschaft und Staat sollen es richten, wenn Eltern aufgrund der Arbeitstätigkeit weder Zeit noch genügend Geld für die Unterbringung ihrer Kinder haben. Grosse Betriebe richten eigene Kindertagesstätten ein, private Initiativen lancieren ebenfalls Möglichkeiten für ausserhäusliche Kinderbetreuung – allesamt stellen den Anspruch, dass sie staatliche Unterstützung bekommen sollen. Die Regierung möchte «die Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Modellen gewähren und so den verschiedenen Ansprüchen gerecht werden». Eltern müssten natürlich ihren finanziellen Beitrag zur ausserhäuslichen Kinderbetreuung leisten, erklärt Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini – und dann folgt die Aussage: «Diejenigen, die ihre Kinder